

**Wahlprüfsteine der Berliner Aids-Hilfe e.V.**  
**zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Berlin am 18. September 2011**  
**- Antworten der CDU Berlin -**

**1. Prävention von HIV und STIs / Förderung der sexuellen Gesundheit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen**

*Seit über 14 Jahren klärt die BAH SchülerInnen zu HIV/Aids auf. Um dieses Angebot dauerhaft für Berliner Jugendliche sicherzustellen bedarf es einer Regelfinanzierung.*

**Wird Ihre Partei ein solches Vorhaben unterstützen?**

Antwort der CDU:

Im Entwurf des Doppelhaushalts 2012/13 sind für den Ausbau der Gesundheitsförderung und Prävention Ausgaben in Höhe von ca. 12 Mio. € vorgesehen. Einen Schwerpunkt bilden dabei HIV/Aids, sexuell übertragbare Erkrankungen sowie Hepatitiden. Darüber hinaus werden im Rahmen der operativen Verwaltungstätigkeiten insbesondere der Gesundheitsbehörden aber auch im Rahmen des Schulbetriebs erhebliche Anstrengungen zur Aufklärung über Risiken und Umgang mit sexuell übertragbaren Krankheiten unternommen, die betragsmäßig nicht gesondert ausgewiesen werden.

Die BAH ist ein bewährter Anbieter für die Aufklärung von Schülern und Schülerinnen zu HIV/Aids. Daneben gibt es allerdings auch die Freiheit der Lehrerinnen und Lehrer und Schülerinnen und Schüler, das Thema in der sie ansprechenden Weise in den Unterricht zu integrieren und sich ggf. einen Dritten als Kooperationspartner auszuwählen. Es erscheint nicht sinnvoll, finanzielle Verpflichtungen für einzelne Anbieter einzugehen, weil dies bei der Auswahl priorisierend wirkt und andere benachteiligt. Umfang und Art der Finanzierung müssen in ein stabiles Gesamtkonzept eingepasst werden und für die Dauer der nächsten Wahlperiode möglichst unverändert bleiben, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Die fachliche Entscheidung dazu obliegt der zuständigen Senatsverwaltung; das Parlament entscheidet nicht über die Finanzierung einzelner Träger. Das gilt auch für den von Ihnen favorisierten Peer-Education-Ansatz im Bereich der Prävention.

*Die primärpräventive Arbeit der Berliner Aids-Hilfe basiert auf einem Peer-Education Ansatz. Darin klären Jugendliche und junge Erwachsene SchülerInnen und z.B. inhaftierte Jugendliche / junge Erwachsene zu Fragen bezüglich HIV/Aids und anderen STI auf. Untersuchungen zeigen, dass Informationen zu Sexualität durch Peers Jugendliche zu 75%*

erreichen, hingegen erreichen Informationen von Erwachsenen Jugendliche lediglich zu 25% -15%.

**Wie wird Ihre Partei Peer-Education Projekte im Bereich Prävention / Förderung sexueller Gesundheit unterstützen?**

Antwort der CDU:

Siehe Antwort zur zuvor gestellten Frage.

*Ein konsequenter Peer-Education Ansatz braucht z.B. eine Beteiligung von schulpflichtigen Jugendlichen. Jugendliche müssten entsprechend als ehrenamtliche Peer-Educater vom Unterricht für diese ehrenamtliche Aufgabe freigestellt werden. So könnte es z.B. in Berliner Schulen neben „ErsthelferInnen“, „KonfliktlotsInnen“ auch ausgebildete „AufklärungsberaterInnen“ geben.*

**Werden Sie eine solche sexualpädagogische ehrenamtliche Arbeit fördern?**

Antwort der CDU:

Die Berliner Schule ist so organisiert, dass es eine innere Schulangelegenheit ist, wer in welchem Unterrichtsbereich welche Aktivitäten entfalten darf. Insofern ist es überhaupt nur sinnvoll, ein nachfrageorientiertes Angebot vorzuhalten. Die Freistellung vom Unterricht für einzelne Schüler, die in anderen Klassen der Schule oder möglicherweise noch über die Schule hinaus sexualpädagogische Arbeit leisten wollen, sehen wir kritisch. Besser sind dagegen Projekttag mit der Vorgabe an die Schülerinnen und Schüler, sich selber in die Themen einzuarbeiten. Wir halten das übrigens auch für den nachhaltigeren Unterrichtsansatz, weil es auch der Lebenswirklichkeit und den Anforderungen der weiterführenden Schule, der Berufsausbildung bzw. des Studiums näher kommt.

**Für wie sinnvoll erachtet es Ihre Partei, die Themen sexuelle Gesundheit und Familienplanung als Teil der Sexualpädagogik verbindlich in die Studienordnungen der Berliner Lehramtsstudierenden zu integrieren?**

Antwort der CDU:

Die Einrichtung eines eigenständigen Moduls halten wir für nicht notwendig, da schon jetzt alle die Gesundheit und Entwicklung von Kindern und jungen Erwachsenen betreffenden und pädagogisch zu berücksichtigenden Erkenntnisse Bestandteil des Studiums sind.

**Für wie sinnvoll erachtet es Ihre Partei, fächerübergreifende Fortbildungen im Bereich sexuelle Gesundheit und Familienplanung für Lehrkräfte anzubieten und welche Maßnahmen werden**

**ergriffen, Lehrkräfte interdisziplinär zu diesen Themen zu schulen?**

Antwort der CDU:

Die Fortbildung der Lehrkräfte in Berlin ist aus unserer Sicht unzureichend und schlecht organisiert. Leider können Schulen nicht direkt ihren Fortbildungsbedarf aus dem eingeschränkten Themenangebot des Senats und der Regionalen Fortbildung decken.

## **2. Die Versorgung vulnerabler Gruppen von Menschen mit HIV/Aids aus sekundärpräventiver Sicht**

### **2.1 Vulnerable Gruppen mit Drogenkonsum**

**Wie steht Ihre Partei zu einer zeitnahen Ausweitung/Einführung der – in der Vermeidung/Verringerung der Übertragung von HIV und Hepatitiden wirksamen und in Freiheit als Harmreduction-Maßnahme anerkannten – Vergabe von sterilen Spritzen für inhaftierte Männer im Berliner Justizvollzug?**

Antwort der CDU:

Drogen haben im Justizvollzug nichts zu suchen, sich damit abzufinden, bedeutet letztlich, den Konsum harter Drogen zu fördern. Die Vergabe von Spritzen bedeutet einen erleichterten Zugang zu harten Drogen unter dem Deckmantel einer liberalen Drogenpolitik. Diese geht aber auch zu Lasten der Drogenabhängigen. Erfahrungen in anderen Bundesländern haben gezeigt, dass Abhängige dann auch nicht für die Therapie gewonnen werden können. Das sollte aber gerade das Ziel sein, weil die Insassen der Justizvollzugsanstalten durch die Haft resozialisiert werden sollen. Dazu gehört auch, dass sie von ihrer Sucht, die häufig Auslöser war für ihre Straftaten, geheilt werden.

**Wie ist die Position Ihrer Partei zur Vergabe von Diamorphin an schwerstdrogenabhängige Menschen im Berliner Strafvollzug?**

Antwort der CDU:

Diamorphin (bzw. Diacetylmorphin) sind nichts anderes als die chemisch korrekten Bezeichnungen für Heroin. Wir sind entschieden gegen eine Vergabe von Heroin an Drogenabhängige im Berliner Strafvollzug. Der Staat darf nicht zum Dealer werden. Auch wäre es in Zeiten knapper Kassen niemandem zu vermitteln, wenn der Staat für Menschen im Berliner Strafvollzug Drogen ankaupte. Wir bleiben dabei: Ein Arrangement mit der Sucht ist kein akzeptabler Weg zur Drogenbekämpfung.

## 2.2 Vulnerable Gruppen mit einer Migrationsgenese

*Gesundheitsförderung und -erhalt von migrierten Frauen und Männern sollte so gestaltet werden, dass unabhängig des rechtlichen Aufenthaltsstatus eine Teilnahme an der medizinischen/therapeutischen Versorgung garantiert wird.*

**Wird Ihre Partei dafür bundespolitisch aktiv werden? Und wenn ja, mit welchen Initiativen und Mitteln?**

**Wie steht Ihre Partei zur Einführung des anonymen Krankenscheins für alle Menschen, die sich in Deutschland ohne Aufenthaltsstatus aufhalten?**

Antwort der CDU:

Wir treten dafür ein, dass Menschen in Deutschland eine ausreichende Gesundheitsversorgung erhalten sollen, gleichwohl teilen wir den von Ihnen gewählten Ansatz nicht. Maßnahmen wie den anonymen Krankenschein sehen wir zum Beispiel überaus kritisch. Nicht nur dass durch ihn ein weiterer Anreiz für die Betroffenen entfällt, ihren rechtswidrigen Aufenthaltsstatus zu legalisieren. Er erhöht auch die Gefahr, dass Menschen nach Deutschland geschleust und hier in ihrer anonymen und damit häufig hilflosen Lage Opfer von Menschenhandel und Ausbeutung bis hin zur Prostitution werden. Dieser Gefahr sollte sich jeder Befürworter des anonymen Bezuges staatlicher Leistungen bewusst sein.

Für förderungswürdiger als anonyme Krankenscheine halten wir die schon bestehenden Initiativen, wie die der Malteser Migranten Medizin oder des Büros für medizinische Flüchtlingshilfe.

*Die Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes betragen nur noch etwa zwei Drittel der Leistungen, die SozialhilfeempfängerInnen zustehen. Hinzu kommt, dass die medizinische Versorgung von Asylsuchenden und Geduldeten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf die unabweisbar notwendige Behandlung akuter Schmerzzustände – wovon viele der HIV-Positiven betroffen sind – beschränkt ist. Gemäß der seit dem Jahr 1993 unveränderten Gesetzesvorgabe stehen gerade einmal 1,36 Euro pro Tag und pro Person als einziges Bargeld für den gesamten persönlichen Bedarf dieser Menschen zur Verfügung. Zusätzliche Leistungen, wie zum Beispiel für eine Monatskarte im öffentlichen Nahverkehr, werden nicht oder nur sehr schwer gewährt. Die Leistungen für Essen, Kleidung, Körperpflege, aber auch für Energie im Haushalt werden mit einem ebenfalls seit 1993 unveränderten Wert von 184 Euro pro Monat zur Verfügung gestellt. Wenn man dies mit dem auch sehr bescheidenen Regelsatz beim Arbeitslosengeld II vergleicht – 351 Euro zu 184 Euro – wird deutlich, wie diskriminierend diese Entwicklung und die Praxis für die betroffenen Menschen ist.*

**Werden Sie die schon lange fällige Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes landes- und bundespolitisch unterstützen?**

Antwort der CDU:

Für eine Abschaffung sehen wir auch angesichts Ihrer Beispiele keinen Anlass. Ihre Beispiele zeigen lediglich auf, dass die Leistungssätze einer erneuten Überprüfung bedürfen.

### **3. HIV-Antikörpertest - Beratung und Durchführung**

*Seit 2007 führt die BAH erfolgreich den HIV-Antikörpertest durch. Die Evaluation zeigt, dass gerade heterosexuelle Bevölkerungsgruppen zwischen 20 – 40 Jahren, die einen Risikokontakt hatten, sich häufiger an eine NGO als an eine Regierungsorganisation wenden, um einen HIV-Antikörpertest durchzuführen.*

**Wird Ihre Partei den Ausbau des HIV- Antikörpertests in der BAH für die Allgemeinbevölkerung unterstützen?**

Antwort der CDU:

Für uns ist das Angebot an sich das wichtigste; Überkapazitäten können wir uns nicht leisten aufzubauen.

### **4. Die sekundär- und tertiärpräventive Arbeit**

*Künftig wird die Anzahl von Menschen mit HIV/Aids in Berlin kontinuierlich ansteigen. Diese Tatsache ergibt sich durch: echte Neuinfektionen, Zunahme der Erstdiagnosen aufgrund steigender Testbereitschaft, dem Zuzug von Menschen mit HIV/Aids aus anderen Teilen Deutschlands (u.a. aus den ländlichen Gebieten) und dem Ausland aufgrund der Infrastruktur und der längeren Überlebensdauer von Menschen mit HIV/Aids.*

*Für Menschen mit HIV/Aids stellen sich in Zukunft neue Fragen des Gesundheitsmanagements, da für sie aufgrund ihrer Grunderkrankung eine signifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit für das Erleiden alterstypischer Erkrankungen (Herz-Kreislauferkrankungen, Krebserkrankungen, neurologische Erkrankungen) besteht. Gleichzeitig besteht eine signifikant erhöhte Wahrscheinlichkeit für psychische Erkrankungen (Angststörungen und depressive Erkrankungen).*

**Welche Schritte planen Sie, die sekundär- und tertiärpräventive Versorgung für Menschen mit HIV/Aids anzupassen?**

Antwort der CDU:

Die von Ihnen angesprochene Versorgung obliegt den Verantwortlichen und Akteuren des Deutschen Gesundheitssystems. Fachärzte, Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigungen und Betroffene haben die Kompetenz, möglicherweise bestehende Mängel in der Versorgung aufzuzeigen und Optimierungsvorschläge zu unterbreiten. Hier gibt es eine klare Verantwortlichkeit und eine klar geregelte Finanzierung. Als Berliner Landesparlament haben wir zudem keinerlei Möglichkeiten, in das bundesrechtlich organisierte Gesundheitssystem einzugreifen.

**5. Die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in Formen von Selbsthilfe und Ehrenamt**

*In der BAH arbeiten 260 Ehrenamtliche und 16 Hauptamtliche. Die Integration von Selbsthilfe und Ehrenamt fördert Partizipation und Inklusion von und mit HIV-positiven Menschen. Die BAH wünscht eine solche Partizipationsmöglichkeit von Menschen mit und ohne HIV für alle Berliner Maßnahmen im Arbeitsfeld HIV und STIs.*

**Wie und in welchem Umfang wird Ihre Partei die GIPA-Prinzipien (Greater involvement of people living with HIV/Aids), die die Mitgestaltung von Menschen mit HIV beinhalten, umsetzen?**

Antwort der CDU:

Die GIPA-Prinzipien sind nach unserer Kenntnis von der Bundesregierung unterzeichnet worden und sollen wohl auch Handlungsgrundlage für die Politik des rot-roten Senats für Menschen mit HIV sein. Viele Ziele sind sehr allgemein formuliert und müssen konkretisiert werden, wobei sie allerdings in Konkurrenz stehen zu einer großen Zahl von anderen Deklarationen, Vereinbarungen, Erklärungen und Resolutionen, die ebenfalls vom Land Berlin beachtet werden (sollen). Bei der Umsetzung all dieser Ziel-Beschlüsse gibt es natürlich eine Konkurrenz um die begrenzten Mittel des Berliner Landeshaushaltes. Insofern können wir für keine dieser Positionierungen die schnellstmögliche Umsetzung mit optimalem Mitteleinsatz zusagen; alle Verbesserungen werden immer in eine Auseinandersetzung um die richtigen Prioritäten und geeigneten Kompromisse münden müssen.

*In Berlin arbeiten etwa 100.000 Menschen ehrenamtlich. Die Berliner NGOs sind auf diese Mitarbeit der Engagierten angewiesen und im Hinblick auf den demografischen Wandel (auch bezüglich HIV und Aids) werden zukünftig noch mehr ehrenamtlich Engagierte gebraucht werden.*

**Mit welchen Instrumenten wird Ihre Partei generell das ehrenamtliche Engagement fördern? Werden Sie sich z.B. dafür einsetzen, dass Ehrenamtliche kostenfrei den öffentlichen Nahverkehr benutzen können? Oder aber, dass Ehrenamtliche verbindliche**

**Aufwandsentschädigungen bekommen, die auch von den Zuwendungsgebern finanziert werden?**Antwort der CDU:

Die CDU war in den vergangenen fünf Jahren mit dutzenden von Initiativen zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Parlamentsarbeit aktiv. Dabei ging es um die DLRG, die Freiwilligen Feuerwehren, den Sportbereich, das Netzwerk Gesunde Städte, die Pflege, das Schiedsamt, die Mobilitätshilfe, den Freiwilligenpass, den Tierschutz, Schulfördervereine und die Musikerziehung. Die von Ihnen angesprochenen Themen haben sich auch darin wiedergefunden. Das ehrenamtliche Engagement kann auf vielfältige Weise unterstützt werden, aber auch hier sind die Ressourcen begrenzt und die Wünsche derjenigen, die diese Unterstützung erfahren wollen, sind höchst differenziert. Da es also den Königsweg zur Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements nicht gibt, müssen unterschiedliche Formen dafür gefunden und umgesetzt werden.

**Werden Sie sich für eine Gleichrangigkeit von Praktika und Ehrenamt in Hinblick auf Studienplatzvergabe, Studienanforderungen, allgemeine Stellenvergabe einsetzen?**Antwort der CDU:

Wir sehen die größere Chance, dass die Teilnahme am neuen Bundesfreiwilligendienst deutliche Vorteile für Bewerberinnen und Bewerber mit sich bringt. Ob allgemeines, natürlich sehr wünschenswertes ehrenamtliches Engagement Vorteile bei der Studienplatzvergabe mit sich bringen sollte, muss kritisch diskutiert werden. Angesichts der Verkürzung der Schulzeiten um ein Jahr ist es jetzt nicht mehr ungewöhnlich, dass Stundenpläne einen 10-Studentag von Schülerinnen und Schülern einfordern. Verbunden mit entsprechenden Anforderungen an die Vorbereitung von Präsentationen und Referaten sowie klassischen Hausaufgaben bleibt den meisten Schülern keine Zeit mehr, sich daneben noch in nennenswertem Umfang ehrenamtlich zu engagieren. Die wenigen Gegenbeispiele würden wahrscheinlich als ungerecht empfunden werden. Was sollen wir einem Schüler sagen, der sich auf seine Noten konzentriert hat und den Studienplatz deswegen nicht erhält, weil ein anderer, mit deutlich schlechteren Noten sich ehrenamtlich engagiert hat? Im Hinblick auf die Fragestellung zu den Studienanforderungen muss jeder Studierende für sich selbst entscheiden, ob eine ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich A für ihn zur Erreichung der Anforderungen seines Studiums etwas beiträgt. Auch hier gilt, dass es wohl kaum Vorteile in Studienprüfungen geben kann, wenn jemand eine schlechte Note erreicht, aber ehrenamtlich engagiert ist.

Anders ist das bei fachbezogenen, ehrenamtlichen Tätigkeiten. Die CDU-Fraktion hatte bereits am 8.10.2008 eine parlamentarische Initiative (Drs. 16-1798) ergriffen, in der der

Senat aufgefordert wurde, das ehrenamtliche Engagement von Studierenden in den Hochschulverträgen mit den Berliner Hochschulen stärker zu fordern und zu fördern. Ziel war es, dass in angemessenem Umfang fachbezogene, ehrenamtliche Tätigkeit als Studienpraktika anerkannt und in den Studienordnungen und den Studienleistungen (Credit Points) angemessen berücksichtigt wird.

Bei der allgemeinen Stellenvergabe wissen wir, dass der größte Teil der Arbeitgeber ehrenamtliches Engagement als Pluspunkt bei einer Bewerbung ansieht, weil damit eine Grundeinstellung des Stellenbewerbers zum Ausdruck kommt, die für das Unternehmen von Interesse ist.

**Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Zusammenarbeit von Senatskanzlei und Senatsverwaltung so zu verbessern, dass die aktuellen Doppelstrukturen (Freiwilligenpass & Berliner Ehrenamtskarte) aufgelöst werden können?**

Antwort der CDU:

Wir wollen so viel wie möglich Doppelstrukturen und Entscheidungen aufheben.

## **6. Die Förderung und Gleichstellung von NGOs**

**Werden Einrichtungen, die mit öffentlichen Aufgaben betraut sind (Subsidiarität) Zuwendungserhöhungen erhalten, um die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst ebenfalls realisieren zu können oder sollen MitarbeiterInnen dieser Einrichtungen untertariflich bezahlt werden?**

Antwort der CDU:

Der Einnahme- und Ausgabekorridor des Berliner Landeshaushaltes steht fest. Die meisten Fraktionen sehen keine Spielräume nach oben. Das bedeutet, dass jede zusätzliche Geldausgabe an anderer Stelle zuvor eingespart werden muss. Wir sehen dafür bei rund 9800 Zuwendungsbescheiden und etlichen aus unserer Sicht überflüssigen Ausgaben in den Haushaltsplänen der Senatsverwaltungen durchaus Möglichkeiten.

## **7. Der gesellschaftliche Blick**

### **7.1 Die Entstigmatisierung und Gleichbehandlung von Menschen mit HIV/Aids**

*Ausgrenzung und Diskriminierung sind immer noch alltägliche Realität vieler HIV-positiver Menschen. Hier besteht aus unserer Sicht dringender Handlungsbedarf.*

**Mit welchen Mitteln wird Ihre Partei sich für die Entstigmatisierung von HIV-positiven Frauen, Männern und Kindern einsetzen?**

**Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen um Menschen mit HIV vor Diskriminierung, Homophobie und Fremdenfeindlichkeit zu schützen?**

**Werden Sie sich gegen eine HIV-Zwangstestung bei Neueinstellungen oder bei ärztlichen Krankenhausuntersuchungen positionieren, um so eine Gleichbehandlung und soziale Gerechtigkeit für Menschen mit HIV zu schaffen?**

Antwort der CDU:

Aus Ihrer jahrelangen Arbeit wissen Sie, dass Sie mit den ersten beiden Teilfragen schlicht ein kurzes Konzept zur Veränderung der gesellschaftlichen Realität abfragen. Dies darzustellen, ist an dieser Stelle nicht zu leisten; wir verweisen lediglich darauf, dass die CDU aus den damaligen Gewaltvorfällen gegenüber Homosexuellen heraus die Initiative "Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz für sexuelle Vielfalt" unterstützt hat.

Sofern im Gesundheitsbereich nach Auffassung der dafür Verantwortung tragenden Akteure zum Schutz vor einer HIV-Ansteckung Tests vor einer Neueinstellung, bei ärztlichen Untersuchungen oder vor Operationen erforderlich sind, dann ist das eine Entscheidung in deren Verantwortungsbereich. Als Landtagsfraktion können und wollen wir an dieser klaren Verantwortungszuweisung nichts ändern.

## **7.2 HIV und Arbeit**

**Inwieweit engagiert sich Ihre Partei dafür den Arbeitsmarkt so ausdifferenzieren, dass auch Menschen mit HIV und Aids lebensunterhaltstragende Voll- und Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten erhalten?**

**Wie steht Ihre Partei zum Ausbau des öffentlichen Beschäftigungssektors für chronisch Erkrankte und Menschen mit Behinderung?**

**Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, den möglichen Zuverdienst für chronisch Erkrankte bzw. Menschen mit Behinderung bei EU-Renten / Hartz IV / Grundsicherung so anzuheben, dass das selbsterwirtschaftete Einkommen in angemessener Höhe selbstbestimmt zur gesellschaftlichen Teilhabe eingesetzt werden kann?**

**Inwieweit wird sich ihre Partei dafür einsetzen, Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherungen für HIV-Positive zu ermöglichen?**

**Was werden Sie tun, um die Akzeptanz HIV-Positiver am Arbeitsplatz zu fördern?**Antwort der CDU:

Bekanntermaßen lehnt die CDU den öffentlichen Beschäftigungssektor ab, weil die damit verbundene Ankündigung, er würde den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt erleichtern, nachweislich falsch ist; der öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin hat leider nur einen kurzfristigen Beschäftigungseffekt, aber keinen Vermittlungseffekt.

Die Fragen zum Arbeitsmarkt, den Renten und der Grundsicherung betreffen ausschließlich bundespolitische Themen, zu denen wir Ihnen, da wir dazu keinerlei Entscheidungskompetenz haben, auch keine Versprechungen machen können.

Die Prämien für Lebens- und Berufsunfähigkeitsversicherungen werden nach versicherungsautomatischen Prinzipien von privaten Unternehmen berechnet und angeboten. Jedem Unternehmen steht es frei, neue Kundengruppen dadurch zu erschließen, dass man Risiken auf die Gemeinschaft aller Versicherten umlegt.